

MOTION von Andreas Hauri (GLP, Zürich), Christoph Ziegler (GLP, Elgg) und Jörg Mäder (GLP, Opfikon)

betreffend Unternehmenssteuerreform III - Weitergabe des erhöhten Anteils an den direkten Bundessteuern an die Zürcher Gemeinden

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform III den zusätzlichen Anteil an den direkten Bundessteuern vollumfänglich an die Zürcher Gemeinden weiterzugeben.

Andreas Hauri
Christoph Ziegler
Jörg Mäder

Begründung:

Der Bund plant, die Kantone für die erwarteten Steuerausfälle durch die Unternehmenssteuerreform mit einem erhöhten Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zu entschädigen. Allerdings hat es das eidgenössische Parlament verpasst, die Gemeinden verbindlich zu beteiligen.

Die Städte und zahlreiche Gemeinden sind verunsichert und sprechen von grossen Steuerausfällen, die – bei einer statischen Betrachtung der Reform – anfallen.

Es ist unbestritten, dass Gemeinden mit einem hohen Anteil an Unternehmenssteuern sich auf Veränderungen gefasst machen müssen. Hier ist angezeigt, betroffene Gemeinden am Anteil des Kantons an den direkten Bundessteuern zu beteiligen – und zwar unter Berücksichtigung ihres Unternehmenssteueranteils.